

Sinne erwarten, daß sie sich als Vorposten der westlichen Gesellschaft zu betrachten habe. Auch die DDR-Führung ist, ebenso wie die der CSSR, durch Gorbatschows Politik zu tiefst verunsichert und hat daher nicht die Kraft zum fairen Kompromiß mit den Kirchen.

Fest steht angesichts der Situation im Ostblock, die so labil wie noch nie ist und besonders heute keine fundierten längerfristigen Prognosen erlaubt, nur, was bereits seit der Konstituierung kommunistischer Herrschaft feststeht: daß nämlich das Verhältnis der Machthaber zum religiösen Leben in seinen geistigen und institutionellen Ausformungen ein entscheidender Gradmesser dafür ist, wie es um die dortige Kultur der Menschenrechte steht und mit welchem Ausmaß von Vertrauen man im Westen den Staaten des Ostblocks gegenüber treten darf. Denn selbst die Sowjets weisen offiziell darauf hin, daß humane Verhältnisse im Innern eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauensbildung nach außen sind.

Bernd Rill

Wider das Vergessen. Schicksale evangelischer judenchristlicher Pfarrer während der NS-Zeit 1933-45.

Unter diesem Thema steht die neue Sonderausstellung des Evangelischen Pfarrhausarchivs, die bis zum Frühjahr 1989 im Obergeschoß des Eisenacher Lutherhauses zu sehen ist. Ein betroffener Pfarrer - Prof. Dr. Dr. Hans Ehrenberg - hatte nach dem 2. Weltkrieg geschrieben: "Die Jahre aber des Dritten Reiches wird man aus einer gewissen Ermüdung heraus - und nicht nur in Deutschland - mit Erfolg vergessen wollen."

Das Schicksal der evangelischen Pfarrer jüdischer Abstammung in den Jahren 1933-45 ist heute weithin unbekannt. Es

ist mit Erfolg vergessen worden, weil es eines der peinlichsten Kapitel der Kirchengeschichte ist.

Als wir im Pfarrhausarchiv mit den Nachforschungen für diese Sonderausstellung begannen, kannten wir nur einen einzigen Namen eines Betroffenen, Werner Sylten, über den eine sorgfältig gearbeitete ausführliche Biographie, verfaßt von Bruno Köhler, gedruckt vorliegt. In der Literatur wurde bisher immer die Zahl "30 von 18.000 im gesamten Reichsgebiet" genannt. In wenigen Monaten sind uns aber schon 114 Namen bekanntgeworden (und das sind noch nicht alle!), von einigen erfuhren wir auch etwas über ihr Schicksal. Bisher gibt es zu diesem Thema keine umfassende Gesamtdarstellung. 50 Jahre nach dem Novemberpogrom der sogenannten "Reichskristallnacht" wollen wir mit der Ausstellung etwas wider das Vergessen tun, damit niemand wieder sagen kann: "Wir haben das alles nicht gewußt." Es gilt, den Anfängen einer solchen Entwicklung zu wehren, sensibel zu werden für die Wurzeln des Unrechts und der Inhumanität. Diese Sonderausstellung kann eine fällige wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas nicht ersetzen, vielmehr ist sie für eine breite Öffentlichkeit, die Besucher des Eisenacher Lutherhauses, gedacht. Deren Reaktionen sind durchaus positiv. Auch die von uns angeschriebenen Nachkommen der betroffenen Pfarrer haben positiv reagiert; nach 50 Jahren wurden manche von uns zum erstenmal zu dieser Angelegenheit befragt. Diese Reaktionen haben uns in unserem Anliegen bestätigt.

Die Ausstellung ist ergänzungsbedürftig durch alle diejenigen, die etwas über diese Zeit wissen, die das Geschehene miterlebt haben oder selbst davon betroffen wurden. Nach Beendigung der Sonderausstellung wird das zusammengetragene Material im Pfarrhausarchiv für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung stehen.

Die Ausstellung ist so aufgebaut, daß in einem ersten Teil zunächst die Etappen der nationalsozialistischen Judenpolitik vorgestellt werden. Diese Auflistung wird veranschaulicht durch Ablichtungen von Bildern und zeitgeschichtli-

chen Dokumenten. So ist hier der berüchtigte Arierparagraph aus dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" im Reichsgesetzblatt 1933 zu sehen, auch eine zeitgenössische Schautafel zur Erläuterung der Nürnberger Rassegesetze von 1935. Etwas ausführlicher ist der Novemberpogrom vom 9. November 1938, die sog. "Kristallnacht" als eigentlicher Anlaß dieser Sonderausstellung, dargestellt. Etliche der betroffenen Pfarrer wurden zwischen dem 10. und 12. November 1938 verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen gebracht.

Die letzte Etappe der NS-Judenpolitik beginnt 1941 mit dem Auftrag Görings an SS-Gruppenführer Heydrich, die "Endlösung" der Judenfrage vorzubereiten. Der Begriff "Endlösung" diente hier zur Verschleierung der Massenvernichtung. Im gleichen Jahr beginnen die Deportationen der Juden aus dem Reich in die Vernichtungslager: Auschwitz, Majdanek, Treblinka... Auch die Eisenacher können im Lutherhaus ein Foto vom Abtransport ihrer jüdischen Mitbürger nach Auschwitz sehen. Am Schluß dieser letzten Etappe stehen sechs Millionen ermordeter Juden, dafür in der Ausstellung Fotos von den Särgen in Auschwitz und von einem Massengrab in Bergen-Belsen nach der Befreiung.

In einem zweiten Teil wird die Stellung der evangelischen Kirche zum Arierparagraphen dargestellt. Die nationalsozialistisch orientierte Gruppe der Deutschen Christen (DC) versuchte im Jahr 1933, die staatliche Judengesetzgebung auch auf den kirchlichen Bereich zu übertragen und den Arierparagraphen in die Kirche einzuführen. Das trug mit dazu bei, daß es in Deutschland zum Kirchenkampf kam, in dessen Verlauf der von Martin Niemöller begründete Pfarrernotbund und dann die Bekennende Kirche den Deutschen Christen entgegentraten. Gegen den Widerstand des Pfarrernotbundes setzte die DC-Mehrheit in der Generalsynode der Altpreußische Union am 5. September 1933 ein Berufsbeamtengesetz mit dem Arierparagraph durch. Danach war die Dienstentlassung oder Pensionierung für Geistliche und Kirchenbeamte vorgesehen, die jüdischer Abstammung oder mit einer Person jüdischer Abstammung verheiratet waren. Ähnliche Ge-

setze wurden auch in anderen, aber nicht in allen deutschen Landeskirchen erlassen. In Thüringen und Mecklenburg z. B. galt zwar der Arierparagraph, kam aber nicht zur Anwendung. Im Thüringer Kirchenblatt A, dem Gesetzblatt der Thüringer Evangelischen Kirche, ist das Berufsbeamtengesetz 1933 in derselben Nummer abgedruckt wie das Ermächtigungsgesetz, mit dem das Führerprinzip in die Thüringer Landeskirche eingeführt und das Kirchenparlament, der "Landeskirchentag", ausgeschaltet wurde. Dieses Ermächtigungsgesetz war noch vom Landesbischof und vom Vorsitzenden des Landeskirchentages unterzeichnet. Das erste Gesetz, das auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurde, war das Berufsbeamtengesetz mit dem Arierparagraphen. Es war nur noch von Landesbischof D. Reinhardt allein unterzeichnet. Das in der Ausstellung gezeigte Exemplar dieses Gesetzes ist mit Rotschrift durchgestrichen und am Rand ist dazu bemerkt: "aufgehoben lt. Gesetz vom 17.5.45".

Von den vielerorts in den Kirchen herrschenden DC konnte keine positive Stellungnahme zu den Juden erwartet werden. Aber auch die Bekennende Kirche als Ganze hat an dieser Stelle versagt, indem sie dem Staat das Recht zu einer harten Judengesetzgebung zubilligte und lediglich gegen die Einführung des Arierparagraphen in den kirchlichen Bereich kämpfte. Dietrich Bonhoeffer forderte: "Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen." Als dann im Krieg die Deportation und massenweise Ermordung der Juden begann, war die Bekennende Kirche bereits nicht mehr handlungsfähig. Nur einzelnen Pfarrern und Gemeindegliedern gelang es, noch einige Juden zu retten.

Nach dem Krieg fanden nur wenige den Mut, ihre Schuld einzugestehen. Eine der Ausnahmen ist ein entsprechender Beschluß der sächsischen Landessynode aus dem Jahr 1948. Auch für die Thüringer Landeskirche fehlt ein solches Wort bis heute.

Im dritten Teil der Ausstellung werden exemplarisch zwölf Einzelschicksale vorgestellt, die ganz unterschiedlich sind, angefangen bei Ernst Flatow, dem schon im März 1933

als erstem deutschen Pfarrer aus rassistischen Gründen gekündigt wurde und der 1942 beim Bau der Warschauer Gettomauern umkam, bis hin zu Karl Viktor Kühn, der 1933 als Superintendent in Auerbach vorzeitig emeritiert wurde. Außer diesen beiden werden vorgestellt: Bruno Benfey, Hans Ehrenberg, Heinrich Rudolf Gottlieb, Paul Leo, Ernst Lewek, Paul Mendelson, Otto Schwannecke, Werner Sylten, Hugo Wach und Max Weber. Bei einigen konnten wir z. T. umfangreiches Anschauungsmaterial ausstellen, so z. B. zwei Schmähartikel der SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" gegen den Buchenwaldhäftling Paul Leo. Daß wir den geschichtlichen Tatsachen nicht mit einem vereinfachenden Schwarz-Weiß-Denken gerecht werden können, ist an dem Schicksal Hugo Wachs, eines Urgroßenkels Felix Mendelssohn-Bartholdys zu erkennen, der in Deutschland als Jude verfolgt wurde, dem in der Tschechei als "Reichsdeutschem" die Arbeitserlaubnis entzogen wurde und der in Frankreich als Deutscher von 1945-47 interniert wurde.

Im vierten Teil wird auf "Hilfe für verfolgte Juden" eingegangen. Hier wird informiert über die Wirksamkeit des "Büros Pfarrer Grüber" in Berlin, über die Hilfsaktionen des Bischofs Georg Bell von Chichester und über das evangelische Pfarrhaus als Asyl. In Kürze wird ein Begleitheft mit den Ausstellungstexten vorliegen. Darin werden auch alle Personen und Institutionen aufgeführt, ohne deren freundliche Hilfe die Ausstellung nicht zustandegekommen wäre. Außerdem ist eine Liste der 114 uns bekanntgewordenen Namen abgedruckt. Für den interessierten Besucher werden zur weiterführenden Lektüre einige Literaturangaben beigegeben.

J.-F. Enke

NEUE PUBLIKATIONSREIHE

Unter dem Titel "Konfession und Gesellschaft. Beiträge zur kirchlichen Zeitgeschichte" erscheint ab 1988 im Athenäum